

Herausforderung Forschungswende

Es gilt das gesprochene Wort

Die **Wissenschaftspolitik** war in der Vergangenheit ein von den zivilgesellschaftlichen Verbänden wenig beachtetes Politikfeld. Heute sieht das anders aus, die Aktivitäten des Projektes Forschungswende entfalten Wirkung. Schon am ersten Workshop konnten wir Zivilgesellschaftliche Organisationen aus vielen Bereichen hier begrüßen, so wie heute auch. In der Zwischenzeit hat sich einiges entwickelt: Die Verbände wurden angeregt, eigene Forderungen an die Wissenschaft & Forschung zu diskutieren, was man in den Wahlprüfsteinen von DNR, NABU oder BUND und im 10 Punktekatalog der Verbände wiederfindet. Und die Verbände beginnen eigene Strukturen zur Wissenschaftspolitik in den Organisationen zu bilden. Ich werde später darauf zurückkommen.

Eine kraftvolle Änderung kündigt sich im Wissenschaftssystem an, auch weil einige Rot-Grün regierte Bundesländer das nachhaltige Wissenschaftsjahr genutzt haben, um sich in der transdisziplinären Wissenschaft zu engagieren.

Das bisherige Wissenschaftssystem wird den drängenden gesellschaftlichen Herausforderungen wie Klimawandel, Ressourcenverknappung, Urbanisierung oder bezahlbare Gesundheit in einer alternden Gesellschaft, also den so genannten „Grand Challenges“, nicht gerecht. Die Wissenschaft alleine geht die Probleme nicht in ausreichendem Maße und zum Teil mit untauglichen Mitteln an. Schneidewind und Luhmann (2013) stellen in ihrem Aufruf zur Wissenschaftswende fest, dass die Bundesregierung zwar viel dazu beiträgt, einzelne technische Bausteine in ihrer Programmforschung zu Klima, Energie oder Stadtentwicklung zu entwickeln:

„Die Programme haben sich in fast allen Fällen als zu eng, zu disziplinär und zu technologieorientiert erwiesen. So vermag die Wissenschaft zwar einen Korb von Lösungsmöglichkeiten anzubieten, es entsteht aber nur ein Flickenteppich, kein besseres Verständnis der komplexen Transformationsprozesse für mehr Nachhaltigkeit.“

So monieren nicht nur Schneidewind und Luhmann (2013), dass wir:

„mit viel Mitteln viel Wissen über neue Elektro-Batteriekonzepte (schaffen), (...) aber auf dem Gebiet der Gestaltung grundlegend neuer Mobilitätsmuster weitgehend unbelehrt (bleiben).

Aber es ändert sich einiges. Deutlich wird das zuvorderst in den Rot-Grünen Landesregierungen. Der Koalitionsvertrag in Niedersachsen macht in seiner Präambel deutlich:

„Um den großen Herausforderungen gemeinschaftlich zu begegnen, wollen wir mehr Demokratie wagen. Demokratie lebt von kontinuierlicher Beteiligung und Transparenz. Viel zu lange wurde in Niedersachsen ein obrigkeitsstaatlicher Politikstil betrieben. Beteiligung wurde zu sehr auf die Stimmabgabe bei Wahlen reduziert. Wir setzen dagegen auf Gemeinwohlorientierung statt auf Klientelpolitik und wir glauben an die Gestaltungskraft der Zivilgesellschaft.“

Die Landesregierung in NRW wird am Freitag ihre neue Forschungsstrategie vorstellen unter dem Motto: Forschung für den Fortschritt:

Wissenschaft und Forschung stehen im Mittelpunkt der Gesellschaft und tragen Mitverantwortung für die spätere Nutzung ihrer Ergebnisse und Entwicklungen. Zudem liefert die Wissenschaft fundierte Erkenntnisse und Lösungsbeiträge zur Bewältigung der zuvor genannten Herausforderungen und wird auch dafür von der Gesellschaft finanziert, die ihre Anliegen und Fragen gegenüber Wissenschaft und Forschung artikulieren und Lösungen einfordern

Dazu geht die Landesregierung NRW in einen breiten Diskurs mit der Zivilgesellschaft und schafft transdisziplinäre Strukturen wie einen Strategierat unter Beteiligung der ZGO, um die Lebenswelt der Menschen in den Mittelpunkt zu rücken. Doch Partizipation ist voraussetzungsvoll, Wissenschaftspolitik macht sich nicht so neben bei im Verbandsalltag.

Hier setzt die Arbeit unseres Projektes an. Unsere Diskussionsplattform „Forschungswende“ soll das Verständnis und die Möglichkeiten der ZGO stärken, um zu einer partizipativen und transparenten Wissenschaftskultur beizutragen. Wir wollen Hilfestellungen geben zu den Fragen, die uns bewegen. Denn was genau sind denn die wissenschaftliche Ansätze, die über die rein technologischen Lösungen hinausgehen? Wie stärken wir Wissenschaft und Forschung, die sich an den

gesellschaftlich definierten Problemstellungen orientiert? Diese Fragen umkreisen wir in immer neuen Schritten.

In den ersten beiden Workshops standen die strukturellen Fragen im Vordergrund. Die Verbände haben daraus einen 10 Punkte Katalog entwickelt, den der DNR jetzt zur Abstimmung in die Verbände entsandt hat. Die **Zivilgesellschaftlichen Forderungen an die Wissenschafts- und Forschungspolitik** spiegeln einen ersten Konsens der zivilgesellschaftlichen Organisationen wieder. Der gelungene Abstimmungsprozess in den plenaren Debatten mit euch allen und in der Feinarbeit mit Vertretern der großen Verbände ist bereits ein Wert an sich.

Durch diese Abstimmung in den Verbänden erreichen wir weiterhin, dass dort das Thema Wissenschaft und Forschung in den Vorständen und Gremien auf die Tagesordnung kommt. Dies trägt dazu bei, dass sich die Verbände darüber Gedanken machen, wer in ihren Organisationen eigentlich für das Thema zuständig ist. Manche Verbände wie der BUND gehen voran und haben einen wissenschaftlichen Arbeitskreis als Querschnittsaufgabe der einzelnen Bundesarbeitsgemeinschaften gebildet, in anderen Verbänden entwickeln sich zarte Ansätze, die wir mit unseren Aktivitäten unterstützen wollen.

Organisationsentwicklung anzuregen ist eine der Aufgaben, die sich das Projekt als Ziel gesetzt hat und das wir heute Nachmittag in einem der Workshops aufgreifen werden.

Die organisierte Zivilgesellschaft repräsentiert einen echten Pluralismus mit einer Vielzahl von Werten und Zielen. Die erforderlicher Transformation unserer Gesellschaft ist nur mit Wissenschaft & Forschung unter Beteiligung der Zivilgesellschaft zu leisten. Die Transformation ist ein gesellschaftlicher Suchprozess, wie wir effiziente und suffiziente Wege finden können, um mit den „Grand Challenges“ umzugehen. Dazu brauchen wir eine neue Kultur der Teilhabe. Die Governancessstrukturen für die Partizipation der Zivilgesellschaft in der Wissenschaftspolitik sind allerdings noch auszubauen und auch von Seite der Zivilgesellschaft gründlich zu durchdenken. Aktuell haben wir ein Gutachten in Auftrag gegeben, um unser Wissen um Prozesse, Strukturen und Handlungsspielräume im Wissenschaftssystem zu erhöhen. Wir werden dieses Gutachten erst in kleineren Expertenrunden im Laufe des nächsten halben Jahres anfüttern und dann nach der Bundestagswahl vorstellen. Die nächste größere

Rede 19. 02. 2013 Steffi Ober

Veranstaltung wird voraussichtlich am 31 Mai in der BBAW stattfinden.

Dort stellen wir uns der Frage, was die ZGO bislang an Capacity entwickelt hat und wie sich die Anforderungen der Zivilgesellschaft mit der Freiheit der Wissenschaft und Forschung vereinbaren lassen. Eine spannende Frage, die wir mit Wissenschaft und Politik jenseits platter Reflexe diskutieren werden (*.. Die CDU/CSU-Fraktion: Sozialistische Planforschung gab es schon einmal in Deutschland. Wir bewahren die Freiheit der Forschung*).

Heute wollen wir uns den Grenzen des Planetens und dem unbegrenzten Wachstumsideal der Ökonomie zuwenden. Wir werden die Zusammenhänge diskutieren und uns nachmittags damit beschäftigen, welche gesellschaftlichen Visionen wir in den einzelnen Themenfeldern angesichts der Grenzen entwickeln. Welche Entwicklungspfade resultieren daraus und welche Forschung brauchen wir dafür?

Wir bieten als Projekt die Möglichkeit an, weiter in Arbeitsgruppen verbandsübergreifend die Herausforderungen an Wissenschaft & Forschung zu bearbeiten (siehe Flyer), um so zum Capacity building & Empowerment in den Verbänden beizutragen.

Ich wünsche uns eine spannende Tagung und übergebe an Maja Göppel.